



FREIHANDELSABKOMMEN

... wie TTIP oder CETA stellen den Wert des „Freihandels“ über die Werte sozialer und ökologischer Regeln. Sonderklagerechte für Investoren gefährden demokratische Handlungsfreiheiten; öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen sowie Sozial-, Umwelt- und Arbeitsstandards geraten unter Druck. Dagegen haben in den vergangenen Jahren Millionen Menschen demonstriert – und die handelspolitischen Debatten in Deutschland und der EU verändert.

Doch der Kurswechsel hin zu einer global gerechten Handelspolitik steht noch aus.

Durch die bisherigen Proteste konnten einzelne Änderungen, unter anderem beim Investitionsschutz, erreicht werden. Doch kosmetische Nachbesserungen machen aus einem neoliberalen Freihandelsprojekt noch kein Zukunftsprojekt gerechten Handels. Was wir brauchen, ist eine neue Handelspolitik, die soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung setzt. **Die bisherigen Handelsabkommen gehen in die falsche Richtung.**

Das Netzwerk Gerechter Welthandel ist im April 2017 aus dem Zusammenschluss des zivilgesellschaftlichen Bündnisses „TTIP unfairHandelbar“ mit dem Trägerkreis der bundesweiten Großdemonstrationen „CETA & TTIP STOPPEN! Für einen gerechten Welthandel!“ entstanden.

Zu den ca. **60 Mitgliedsorganisationen** gehören unter anderem Attac, der BUND, Campact, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Kulturrat, Greenpeace, Mehr Demokratie und die Naturfreunde Deutschlands.

Wir treten für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert.

Sie muss insbesondere...

- **Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen für die Zukunft sichern,**
- **nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch, Umwelt und Guter Arbeit stärken sowie**
- **die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern.**

Weitere Informationen:
www.gerechter-welthandel.org

GEGEN CETA JEFTA & CO

**UND ANDERE NEOLIBERALE
FREIHANDELSABKOMMEN**

**FÜR EINE GLOBAL GERECHTE
HANDELSPOLITIK**

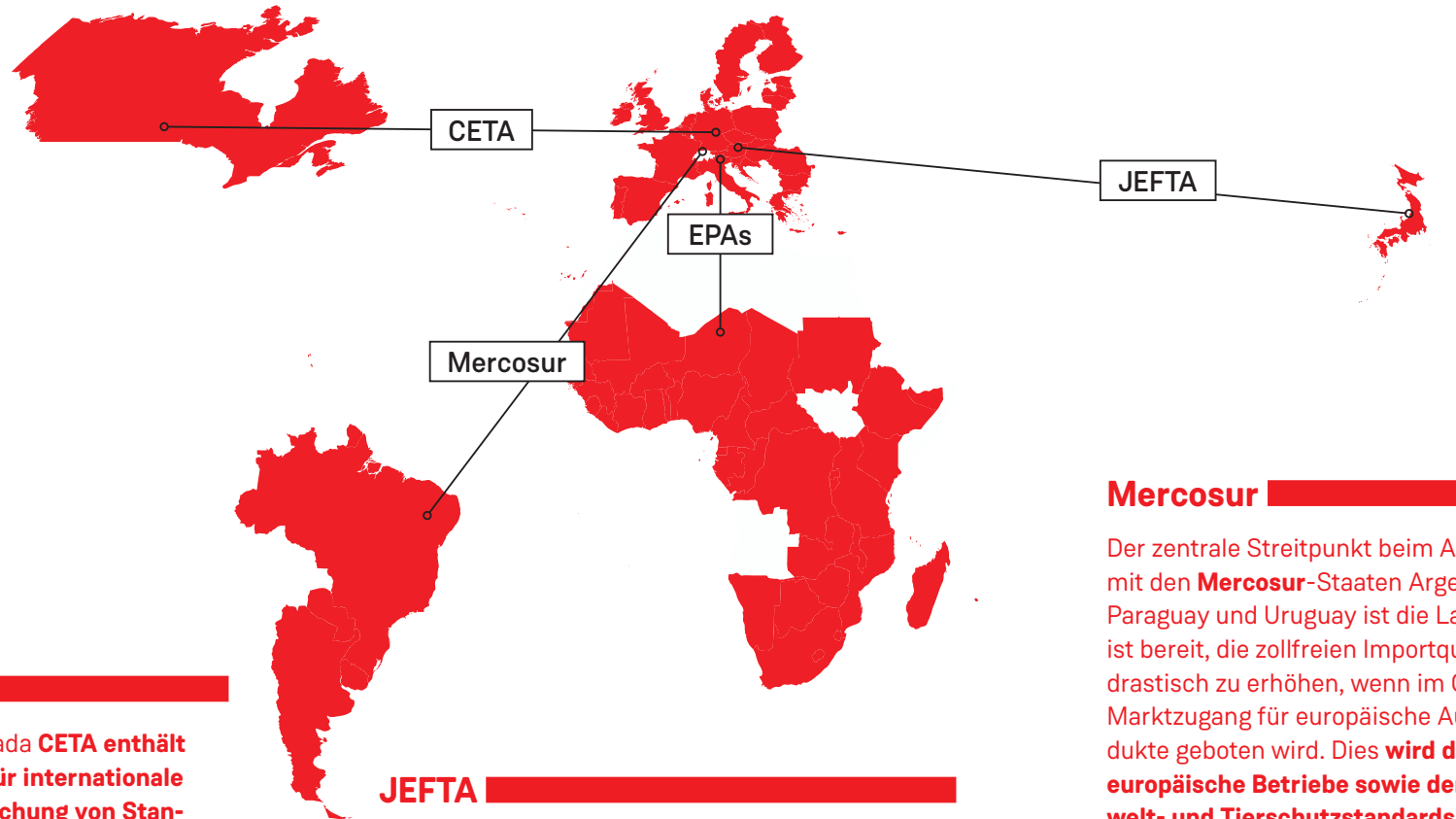
NETZWERK
**Gerechter
Welthandel**

WIR FORDERN EINE
HANDELSPOLITIK,
DIE STANDARDS ZUM
SCHUTZ VON MENSCH,
UMWELT UND GUTER
ARBEIT STÄRKT.

DIE BISHERIGEN HANDELS-
ABKOMMEN GEHEN IN
DIE FALSCHER RICHTUNG.

CETA

Das Abkommen der EU mit Kanada **CETA** enthält weiterhin Sonderklagerechte für internationale Konzerne, Verfahren zur Angleichung von Standards im Interesse des Handels und eine umfassende Dienstleistungsliberalisierung, insbesondere öffentliche Dienstleistungen und die Kultur sind weiterhin gefährdet. **Der Schutz von Arbeitnehmerrechten ist äußerst schwach.** Seit September 2017 wird das Abkommen vorläufig angewendet und muss nun von den Parlamenten aller EU-Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Die Große Koalition will laut Koalitionsvertrag „die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das CETA-Abkommen umfassend in Kraft treten kann“. Dabei hat der Europäische Gerichtshof im März 2018 geurteilt, dass Investitionsschiedsgerichte zwischen EU-Mitgliedstaaten nicht mit dem Europäischen Recht vereinbar sind. Damit sind auch Sonderklagerechte für Konzerne insgesamt ins Wanken geraten; CETA darf daher nicht ratifiziert werden!



JEFTA

Das Abkommen der EU mit Japan ist zu Ende verhandelt und soll nach dem Willen der EU-Kommission noch 2018 ratifiziert werden. Es enthält keine Klauseln zum Investitionsschutz und wurde als so genanntes „EU-only“-Abkommen eingestuft, wodurch keine Zustimmung der nationalen Parlamente nötig ist. **JEFTA wird die öffentliche Daseinsvorsorge weiter kommerzialisieren und enthält keine ausreichende Sicherung des Vorsorgeprinzips.** Verstöße gegen diese Bestimmungen bleiben damit ohne Konsequenzen. Mit dem Inkrafttreten sollen mehrere Ausschüsse eingerichtet werden, die beispielsweise im Nachhinein Anhänge des Abkommens verändern könnten. Eine ausreichende demokratische Rückbindung der Entscheidungen dieser Komitees durch Parlamente ist nicht gesichert.

Mercosur

Der zentrale Streitpunkt beim Abkommen der EU mit den **Mercosur**-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay ist die Landwirtschaft: Die EU ist bereit, die zollfreien Importquoten für Rindfleisch drastisch zu erhöhen, wenn im Gegenzug mehr Marktzugang für europäische Autos und Milchprodukte geboten wird. Dies **wird den Preisdruck auf europäische Betriebe sowie den Druck auf Umwelt- und Tierschutzstandards weiter erhöhen** und bäuerliche Höfe in den Ruin treiben.

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs)

Mit fünf afrikanischen Regionalgemeinschaften sollen so genannte **Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs)** abgeschlossen werden. Diese zwingen die afrikanischen Staaten häufig zur weiteren **Liberalisierung und Öffnung ihrer Märkte – und bedrohen dadurch die lokale Landwirtschaft sowie den Aufbau einer eigenen Industrie** in Ländern, die bisher in erster Linie als billige Rohstofflieferanten in den Weltmarkt eingebunden sind. Solche Abkommen sind eine Migrationsursache.